

Ort:	Videokonferenz
Datum:	26.08.2022
Uhrzeit / Dauer:	19:35 - 23:19 Uhr

1	Beschlussfassung über die Protokollführung, Gäste, die Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen.....	1
2	Zumessungsrichtlinien.....	1
3	Auswertung der World-Café-Session der LEA-Sitzung vom 01.07.2022.....	3
4	Beschlussfassung zur LEA-GO nach Schulgesetz-Änderung zum Erhalt der Gültigkeit.....	5
5	Anträge	5
6	Beschlussfassung zum Sitzungsformat bis zum Ende des Jahres 2022.....	6
7	Berichte aus Bezirken, Vorstand, Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen	7
8	Verschiedenes	8

1 Beschlussfassung über die Protokollführung, Gäste, die Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen

Protokollführung: [REDACTED] (BEA Pankow)
Gäste: [REDACTED] als Sprecher der AG Gemeinschaftsschulen
Tagesordnung: angenommen, keine Ergänzungen
Verabschiedung von Sitzungsprotokollen Juni und Juli 2022

2 Zumessungsrichtlinien

Gast: Bernd Gabbei, SenBJF Referatsleiter für Bildungsstatistik und Prognose

Vortrag und Beantwortung der eingereichten Fragen

PowerPoint: in der Anlage

- Ziel ist es, eine Regelausstattung zu gewährleisten, die wo auch immer in der Stadt, vergleichbar ist
individuell soll ein Nachteilsausgleich erfolgen, die Problematik im Detail zu regeln ist Aufgabe der Schule
- es ergibt sich somit nach wie vor eine große Spannweite der Ausstattung
- in den Bedarf eingerechnet ist der Bestand in Einberechnung multiprofessioneller Teams -> Bilanz der Unterrichtsausstattung
- eine Berechnung gab es in Berlin seit 2002/03 mit kleiner Änderung 2003/04 und weiterer Anpassung in 2021/22
- im KMK-Ländervergleich weist Berlin eine günstige SuS/ Lehrer-Relation und hohe Ausgaben pro SuS auf
- die Zumessungsgerechtigkeit soll über die idealtypische Zumessung abgebildet werden. Ziel: in jedem Bezirk und in jeder Schule sollen die SuS die gleiche Bemessung an Stunden haben, die Umsetzung in den Schulen soll keine black box mehr sein, andererseits soll es aber auch keine Einmischung in die Organisation der Schule geben

Frage: Wie sind Bestand und Bedarf an einer Schule gegliedert?

Antwort: genaue und feine Gliederung - jede Stunde ist einer Maßnahmennummer zugeordnet und schließt Unterricht, Förderung und Nachteilsausgleiche ein, der Bedarf beachtet dabei auch Profile der Schule (wie an Musik- und Sportgymnasien), der Bestand die Pflichtsummenstunden in Anrechnung von Abminderungs- und Ermäßigungsstunden. Mit in die Berechnung gehen Stunden anderer

Professionen oder anderer Schulen (Stichwort Schwimmlehrer, die an einer Schule konzentriert sind) ein.

Frage: Es sind noch alte Zumessungsrichtlinien im Umlauf, wie ist damit umzugehen?

Antwort: Die aktuellen Richtlinien sind veröffentlicht und einsehbar.

Frage: Wie schlägt sich die Berliner Schultypisierung (Schulindex) nieder? Antwort: Dies wirkt 2022/23 sehr detailliert, grob gesagt spielten zuvor ndH, BuT, LmB-Anteile eine große Rolle, nun gibt es einen neuen Index (Berechnung Dr. Vollmann), der alle 3 Jahre aktualisiert wird und den Schulen eine höhere Planungssicherheit gibt. Eine pauschale Erklärung dazu findet sich auf der Website von SenBJF.

Frage/ Stichwort: Lehrkräftebedarf

Antwort: wird am 01.11. jeden Jahres ermittelt, es ist ein sehr aufwendiges Verfahren. Dabei wird jede Stunde betrachtet und alle Daten zu SuS und den LK. Wenn sich unterjährig Bedarfe ergeben, kann nachgesteuert werden und es ist auch eine „Vorfinanzierung“ des neuen SJ möglich. Die neue Zumessung an sich erfolgt immer zum neuen SJ, sollte es neue politische Forderungen geben, dann folgt in Umsetzung dessen eine neue Zumessung.

Frage: Welchen Zusammenhang gibt es zur Mangelsituation?

Antwort: Die Zumessungsrichtlinien tragen dazu bei, Mängel aufzudecken.

Frage: Wann ist mit der Rückkehr zur 100%-Ausstattung zurechnen?

Antwort: Noch lange nicht, nicht die nächsten 8 Jahre. Solange das hohe (angestrebte) Ausstattungsniveau besteht, wird sich der Mangel niederschlagen.

Frage: Werden im gleichen Zuge Stellen geschaffen?

Antwort: Es gibt keinen Mangel an Stellen, sondern an Bewerbern. Die Zumessung ist in Berlin am Bedarf ausgerichtet.

Frage/ Stichwort: Stellungskürzungen in der Inklusion

Antwort: Es wurde keine einzige Stelle gekürzt

Debatte:

Problem: Bei Mangel wird zuerst bei den Zumessungen Kinder mit Förderbedarf GE gekürzt -> es gibt höhere Zumessung an Stunden für PU und SchulhelferInnen, Umrechnung: 2 Stunden LK -> 3 Stunden PU, die Zumessung für Inklusion an sich ist gleichgeblieben

Frage: Wie wird die SuS/ LK-Relation berechnet, VZE?

Antwort: Natürlich SuS zu VZE

Einwand: die Realität in der konkreten Schule sieht durch krankheitsbedingtem Ausfall anders aus (Krankenstand bei durchschnittlich 42 Tagen/ Jahr, da reicht eine Reserve von 3 % nicht aus). Da wird die Inklusion auf 0 gefahren, weil Förderstunden zuerst umgewidmet werden

Zitat SenBJF (Herr Duveneck): „... im Zweifel sind solche pädagogischen Stunden zu verwenden, um Ausfälle im Regelbetrieb auszugleichen.“ Schwierig daran ist, dass SL nicht immer die Stärksten darin sind, eigenverantwortlich zu handeln, wenn es solche Vorgaben gibt!

Antwort: NEIN: PKB + Ersatz (Nachbesetzungen, auch wenn derzeit nicht möglich) betragen 7%, das entspricht in etwa dem Krankenstand.

Festzustellen ist, dass Schulen eigenverantwortlich sind! Da will niemand eingreifen. Die SL kann z.B. 3 Stunden an Sonderpädagogik rausnehmen und damit Mathematikunterricht stärken, wenn das an der Schule gerade angezeigt ist. Dieses Jahr soll untersucht werden, inwieweit Stunden „zweckentfremdet“ werden, flächendeckend kann das nicht festgestellt werden.

Einwurf: Es liegen entsprechende deutlich höhere Zahlen der Krankenkassen vor (bis zu 16 %), die Herrn Gabbei aus FK gesondert übermittelt werden, um die Diskussion nicht zu verlängern.

Herr Gabbei sichert zu, den Sachverhalt hausintern nochmals anzusprechen.

Was heißt Qualität des Lehrpersonals an der Schule?

- Ausbildung
- Fächer
- Wissenszugewinn z.B. über Fortbildungen
- Kompetenzfächer die (durch SL) anerkannt werden
- Anteil des sachgerechten Unterrichts (ist an Gym hoch, an GS gering – Grund dafür sind auch verschiedene Denkschulen – Fachunterricht vs. Klassenleiterbindung in der GS)
- die tägliche Qualität kann nicht untersucht werden

Schulen die selbst kritisch mit ihrem Schulalltag umgehen, können weit mehr als das Gedachte verkraften, sie organisieren bedarfsgerecht.

Frage: SL berichten, dass an Förderbedarf zu wenig an den Schulen ankommt.

Antwort: Gedacht ist das als strukturelle Unterstützung. Von der Zumessung kommen 80% direkt an die Schulen, 20% gehen in Summe an die Schulaufsicht und werden von dort an die Schulen verteilt. Dazu gibt es verschiedene Verfahren in den Regionen, von Gießkanne bis transparent, das wird im Januar 2023 neu verhandelt.

3 Auswertung der World-Café-Session der LEA-Sitzung vom 01.07.2022

1. Digitalisierung, Berichterstatter [REDACTED]

- Digitalisierung nicht in der Sackgasse enden lassen
- diverse Sichtweisen zum Thema Medienumgang von SuS und Eltern
- Für die Software ist eine Positivliste von SenBJF wichtig.
- Es stellt sich die Frage ob es sinnvoll ist, Mindeststandards formulieren -> damit Qualitätsstandards erreicht werden können.
- Man muss größer denken (jedoch kann dann auch schnell die Größe zur Sackgasse werden)-
- Der Senat ist in die Pflicht zu nehmen, um den strukturellen Aufbau und die Ressourcen zu gewährleisten.
- Die LK müssen fortgebildet werden.
- Digitale Kompetenzen gehören in Anforderungsprofil.

2. Inklusion, Berichterstatterin: [REDACTED]

- Wie kann das Thema wieder mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden, um dies in verschiedenen Bereichen und konstruktiv zu bearbeiten?
- Es ist eine Neudefinition von Inklusion notwendig, was ist das, wie ist diese zu gestalten? Das System muss sich an den Menschen anpassen, nicht umgekehrt!
- Was kann man in den Gremien tun?
- Zusammenarbeit mit Betroffenen starten, auch mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung
- AG Inklusion besser mit dem LEA verzahnen.

- weg von defizitorientierten Strukturen, Best Practise der Ressourcenorientierung publik machen -> Entwicklung von Maßnahmenbaukästen
- Zeit in der ein Anerkennungsverfahren (was sehr lange dauern kann und kompliziert ist und Schulen reagieren unzureichend auf diese Problematik) läuft muss durch eine Übergangsförderung abgedeckt werden
- Vorschlag: Fotokampagne des LEA und Themenkampagnen in den Bezirken
- frühere Forderungen rauskramen und schauen, was sie gebracht haben und ggf. erneuern/ anpassen/ Forderungskatalog erstellen
- Elternleitfaden für betroffene Eltern

3. Schulbau, Berichtersteller: [REDACTED]

- offenes Brainstorming
- Was sind sofort identifizierbare Problem?
- Grundstücke für Neubau und Ausweichstandorte für Sanierung fehlen (insbesondere in den Innenstadtbezirken)
- Mittel fehlen
- Zuständigkeitsverschiebungen
- Der Bedarf ist sehr hoch und akut.
- Es sollten pragmatische Lösungen gefunden werden z.B. indem Umwidmungen, Umnutzungen und sozialräumliche Öffnung umgesetzt werden, ebenso Fragen der Zentralisierung, Nutzung geeigneter Gebäude für kleinere und sehr individuelle Schulen.
- Denkmalschutz sollte zugunsten der Schaffung schüler*innengerechter Plätze zurückgestellt werden
- Es stellt sich auch die Frage, ob das Musterraumkonzept zu hohe Anforderungen an den Flächenbedarf stellt – andererseits: Wollen wir wirklich davon abweichen?
- Sind Typenbauten sinnvoll, erhöht der Bau solcher die Geschwindigkeit und mindert Kosten?
- Es muss eine vorausschauende und bedarfsgerechte Planung bei der Errichtung neuer oder verdichteter Wohngebiete geben.

4. Wie kann gute Beteiligung an Schule gelingen? Berichterstellerin: [REDACTED]

(siehe Protokoll vom 01.07.2022)

5. Unterstützung des Vorstandes, Berichtersteller: [REDACTED]

- 2 Stränge
- Entlastung
- was kann noch übernommen werden
- Arbeitsaufwand reduzieren, indem man Themen immer wieder in der Öffentlichkeit hält
- Newsletter
- Öffentlichkeitswirksamkeit erhöhen
- Digitalisierung und geeignete Tools für interne Kommunikation nutzen (Info dazu: Lernraum wird nicht zur Verfügung gestellt denn „LEA ist nicht edukativ“, StS Bozkut wird im Oktober Lösung vorstellen) LEA-App?
- Wissensdatenbank
- digitale PIN-Wand mit Presseartikeln
- AGs sollten eher themenspezifisch und temporär aufgestellt und mit einer Erwartung der zu erarbeitenden Ergebnisse verknüpft werden, zudem ist eine bessere Bewerbung in den Bezirken notwendig, Dossiers erstellen
- neben Jahresthemen sind Fokusthemen sinnvoll, die dann auch in den AGs bewegt werden

6. Bessere Durchsetzung von Elterninteressen ggü. der Verwaltung, Berichtersteller: [REDACTED]

- Herangehensweise
- Eher konfrontativ? Damit wurden zuweilen gute Erfahrungen gemacht, die Mehrheit der TN spricht sich jedoch für „erstmal im Guten“ aus.

- Das öffentliche Auftreten der BEAs und BSBs soll Faktenklärung herbeiführen.
- über Demos Öffentlichkeit schaffen
- Presse nutzen
- Stadträtinnen/ Stadträte regelmäßig in BEA und auch GEV einbestellen und politische Gremien (BVV, Ausschüsse) nutzen
- Schlichtungsstellen in den Bezirken einrichten
- wenn gar nicht mehr geht ggf. Untätigkeitsklagen anstrengen
- „Wie sich durchsetzen?“ Man war sich einig, dass „die Befehlskette“ eingehalten werden sollte, man also nicht gleich den Stadtrat bemühen sollte.
- Durchsetzung von Elterninteressen, Befehlskette:
- Klassenebene -> Elternsprecher*in bzw. Klassenlehrer*in
- Schulebene -> Schulleitung, GEV oder Schulkonferenz
- Bezirksebene ->BEA
- Landes- und Bundesebene ->LEA
- Forderungen prüfen, recherchieren und ggfs. Öffentlichkeit suchen
- K.O.-Kriterium: die dysfunktionale Berliner Verwaltung
- Quintessenz: Bei eher kleinen oder persönlichen Problemen kommt man mit der „Befehlskette“ gut klar, größere Probleme, wie Digitalisierung oder Schulneubau und -sanierung, erfordern aufgrund der Berliner Verwaltung andere Wege.
- Vorgeschlagene Lösung: n den Augen des Berichterstatters Augen sind für Thf/Sb folgende Schritte zielführend, um größere Probleme anzugehen.
- Schaffung eines Schulbeauftragten, analog zu den bereit vorhandenen:
 - Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus
 - Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement
 - Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
 - Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften
 - Klimaschutzbeauftragter
 - Beauftragte für Partizipation und Integration
 - Beauftragte für Menschen mit Behinderung
 - Datenschutzbeauftragter
 - Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement
- Ausstattung mit den notwendigen Kompetenzen, um sich gegenüber dem Bezirk und dessen Ressorts ggfs. durchzusetzen zu können.
- - Schaffung eines Bezirksschulvereines als e.V.

4 Beschlussfassung zur LEA-GO nach Schulgesetz-Änderung zum Erhalt der Gültigkeit

- nötig ist absolute Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder: 24 Mitglieder -> 13 Stimmen
- LEA-GO ist bekannt und wurde nochmals in der Einladung verlinkt
- Norman verliest die Namen der 22 stimmberechtigten Mitglieder
- Abstimmung: Wiederinkraftsetzung der LEA-GO:
Ja: 21, Nein: 0, Enth: 1
- GO wird wieder in Kraft gesetzt.

5 Anträge

Antrag 1: **Demokratie stärken, Transparenz schaffen**

- Der Antragsteller stellt seinen Antrag vor
- Nach der Diskussion stellt der LEA-Vorsitzende einen Änderungsantrag zur Schwärzung von Namen
- Änderung: 23 Stimmberechtigte (aus FH/KB kam eine Person dazu)

- Abstimmung: Änderungsantrag
Ja: 18, Nein: 0, Enth: 5
- Änderungsantrag mit Mehrheit angenommen
Abstimmung: Geänderter Ursprungsantrag
Ja: 17, Nein: 2, Enth: 3
- Antrag mit Mehrheit angenommen

Antrag 2: Kurswahl Sek II

- Der Antragsteller stellt seinen Antrag vor.
- Aus der Diskussion ergeben sich Fragen nach der KMK-Kompatibilität des Antrages bzw. der Zuständigkeit der Europäischen Ebene.
- Der Antragsteller kritisiert, dass diese Grundsatzfragen erst in der Sitzung und nicht schon vorab aufgeworfen wurden.
- Der Antrag wird zurückgestellt, um die offenen Fragen zunächst zu klären.

Eilanträge

- Der Antragsteller weist darauf hin, dass die Eilbedürftigkeit beider gestellten Anträge bereits in den versandten Unterlagen begründet wurde.
- Abstimmung der Eilbedürftigkeit für beide Anträge:
Ja: 18, Nein: 0, Enth: 1
- Eilbedürftigkeit wurde vom Gremium anerkannt.

Eilantrag 1: Fortschreibung der Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie („Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“)

- Eine der Antragstellenden stellt den Antrag vor.
- Es gibt keine Wortmeldungen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Begründung dem Beschluss beigefügt wird.
- Abstimmung:
Ja: 19, Nein: 0, Enth: 0
- Antrag einstimmig angenommen

Eilantrag 2: Sicherstellung einer bedarfsgerechten Investitionsplanung für Schulsanierungen

- Einer der Antragstellenden stellt den Antrag vor.
- [REDACTED] gibt in der Diskussion zu Protokoll, dass er dem Antrag zustimmt. Allerdings ist ihm die Formulierung zu „mädelkonform“. Er meint damit, dass der Antrag zu lasch formuliert ist.
- Einige kleinere textliche Änderungen sind im Antragstext markiert.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Begründung dem Beschluss beigefügt wird.
- Abstimmung:
Ja: 22, Nein: 0, Enth: 0
Antrag einstimmig angenommen

6 Beschlussfassung zum Sitzungsformat bis zum Ende des Jahres 2022

- Es wird über die Schwierigkeit der Verfügbarkeit von Räumen im Roten Rathaus berichtet.
Begründung: Sanierungen im Roten Rathaus.
- Es könnte lediglich ein vergleichsweise kleiner Presserraum in der SenBJF zur Verfügung gestellt werden (klein, „kuschelig“, schwierig).
- Andere Räume sind wegen des Sitzungstermins und der Sitzungsdauer herausfordernd.
- [REDACTED] fragt nach den Sitzungsräumen des LSB. Antwort: In verschiedenen Schulen, aber auch schon ab 17 Uhr. Er fragt darüber hinaus, sich über Tagung in Räumen der Schulen Gedanken zu machen und bietet zwei Schulen aus seinem Bezirk an.

- 1. Abstimmung: Tagungen in Videokonferenz:
Ja: 19, Nein: 0, Enth.: 1
- 2. Abstimmung: Tagungen in Präsenz:
Ja: 2, Nein: 0, Enth.: 0
- Das Sitzungsformat bis zum Jahresende wird somit als Videokonferenz beschlossen.

7 Berichte aus Bezirken, Vorstand, Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen

Mitte: Anna-Lindh-Schule in Bürogebäude (Dank an C-W), schwierige Situation, Start in Homeschooling, Shuttle wird geprüft (3 Interessenten), Personaldecke im Schulamt ist sehr dünn; Personalgewinnung des BA soll vom BEA unterstützt werden; weitere Herausforderung ist Schulschwimmen wegen fehlender Busse; neu eingeführte Parkraumbewirtschaftung führt zum Verlust von Personal; ESB verursachen Probleme, alle Schulen sind voll; Bezirk stark von den Kürzungen betroffen (u.a. alle Drehscheiben), Neueröffnung Grundschule am Nordhafen

Friedrichshain-Kreuzberg: nichts, erst nächsten Montag Wiedereinstieg des BEA/ BSB in die Arbeit

Pankow: Nach der Sommerpause hat der BEA gestern getagt (Elternmitwirkung und MGO); Bezirk ist sehr betroffen von den angedachten Kürzungen, es bahnt sich ein Problem mit der Mittagessenversorgung an (Caterer fordern mehr Geld aber Senatsebene verbietet andere Verträge)

Charlottenburg-Wilmersdorf: erst nächste Woche BEA-Sitzung, Schulschwimmen bei Mario Barth, Shuttle schwierig weil es keine Busfahrer gibt, Verkehrssicherheit

Spandau: Wurde in der Liste mit den I-Planungen vergessen; alles Weitere in der nächsten Woche in der BEA Sitzung

Steglitz-Zehlendorf: eher still, Wechsel im BSB beschäftigt den Bezirk; BA ist wechselnd schlecht besetzt; auffällig ist die gute Vernetzung der Fichtenbergoberschule

Tempelhof-Schöneberg: letzte Sitzung des BEA im Juni mit Schwerpunkt Digitalisierung, ein Verkehrsübungsplatz (von zwei im Bezirk) soll geschlossen werden – jetzt noch Schonfrist, ist wohl Verschulden des Bezirkes

Neukölln: Sommerpause beendet, gestern erste BEA-Sitzung, so viele Schulanfänger*innen wie nie, aber alle konnten versorgt werden, Personalausstattung schwierig, Hilfesystem „Eltern helfen Eltern“ bzgl. Antragstellungen etc., Eisstadion ungeklärt (Stichwort Energieeinsparungen)

Treptow-Köpenick: sehr ruhig, Wasserschaden in einer Schule in Mensa und Toiletten sowie Musikraum, 300 ukrainische Kinder an den Schulen, 80 in Regelklassen, BEA-Sitzung im September

Marzahn-Hellersdorf: entspannt ins SJ gestartet, an der Lomonossow-Schule (Ersatzschule) russlandfeindlicher Vorfall, neue Schulumtsleitung (aus LiB), in I-Planung „Priorisierungen“ weit hinten – Platz 173 (im Bezirk Prio 3), BEA am nächsten Montag, Schulwegpläne/ Schulwegsicherheit – Bezirke können das nicht mehr bewältigen, es ist nicht klar, wie die Basics zum Funktionieren gebracht werden können

Lichtenberg: BEA nächsten Mittwoch, BSB wurde gehört: Hälfte der Schulen haben neue Einschulungsbereiche, 173 SuS hatten keine Gymnasialplätze im Bezirk, auch dort Schulwegpläne personell nicht zu bewältigen, Gefahrenstellen; Neueröffnung ISS, Runder Tisch Energiesparen, Sanierungs- und Baumaßnahmen verzögert, neue Ausschreibung für Schulreinigung startet im Dezember, Schulen in denen bestimmte Fächer nicht mehr unterrichtet werden können, weil Fachlehrer fehlen, I-Planung: wurden 6 Maßnahmen gestrichen (eine Drehscheibe wird dafür leer stehen)

Reinickendorf: Behörden-Ping-Pong zum Schulentwicklungsplan, Auskunft erwünscht, in wieweit Sanierungs- und Bauvorhaben betroffen sind

Berichte aus dem Vorstand:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme am LPP
- Expertenteam „Revolution der Bildung“ der IHK
- LEA-Veranstaltung zu Freiwilligendienst

- Austausch aller Landesgremien mit SenBJF zu Rahmen-GO
- BER-Hauptausschuss
- 2x Hygienebeirat
- Teilnahme am Berlin-Tag
- Teilnahme am Frühlingsfest des Isfb
- Vorstellung Rahmenlehrplan Herkunftssprachen
- Eröffnung der HOWOGE Schulbau Werkschau mit Podiumsteilnahme
- Austausch mit SenBJF zu Corona-Alternativkonzept
- Teilnahme an Kundgebung von „Schule muss anders“
- Austausch mit SenBJF zu Elternportal
- Treffen der BER-Delegierten
- Teilnahme an Eröffnung Erweiterungsneubau Elektromobilität am OSZ Kraftfahrzeugtechnik
- Treffen mit Daniel Wesener, Finanzsenator
- 2x Treffen der BEA-Vorsitzenden
- 2x Austausch mit Herrn Hopp, bildungspolitischer Sprecher der SPD
- Teilnahme an Richtfesten und Schuleröffnungen aus der BSO
- Podiumsdiskussion bei der youthCON
- Videokonferenz mit Senator Geisel
- Austausch auf SPD-Sommerfest
- Austausch mit SenBJF zu außerschulischer Bildung
- Austausch mit SenBJF zu Fortbildung des päd. Personals
- Austausch mit Vorständen LSA, LPP und LSB
- Situation rbb und Rundfunkrat

Berichte aus den Gremien, AG's und Ausschüssen:

Gemeinschaftsschulen: hatte am 25.08. mit Senatorin Busse eine hybride Sitzung, generelle Unterstützung der GemS wurde postuliert, bis Ende des Jahres soll Fachgruppe in der SenBJF gegründet werden, verschiedene Fragen zur GemS wurden beantwortet, Näheres im Protokoll der AG

8 Verschiedenes

Schulinspektion weiter ausgesetzt, es geht um insgesamt 12 Vollzeitstellen. Der LEA wurde um Positionierung gebeten. Gemäß des Meinungsbildes wird das Thema nochmal aufgegriffen.

Nächste Sitzung: 16.09.22 Thema: Kinder und Jugendschutzkonzepte



An die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.leaberlin.de

Datum 27.08.2022

Beschluss vom 26. August 2022

Der Landeselternausschuss hat auf seiner Sitzung am 26. August 2022 folgenden Beschluss gefasst:

Demokratie stärken - Transparenz schaffen

§ 11 und § 12 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst bzw. geändert (Änderungen hervorgehoben):

11 - Homepage & soziale Medien

2. Der Datenschutz und das Recht am eigenen Bild so wie die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen müssen gewahrt werden. Es dürfen keine Abbildungen von Personen ins Internet gestellt werden, ohne dass die abgebildeten Personen dem ausdrücklich und widerruflich schriftlich zugestimmt haben. Dabei ist für Homepage und weitere soziale Medien jeweils eine gesonderte Zustimmung erforderlich. Zustimmungsbefähigt ist auch das öffentliche Zugänglichmachen von privaten Kontaktdaten wie E-Mail-Adresse oder Telefonnummer. **Des öffentlichen Zugänglichmachen von Sitzungsprotokollen im Internet ist nicht zulässig.**

12 - Niederschrift

2. Die Protokolle sollen grundsätzlich Angaben über den Ort und den Tag der Sitzung, die Namen der anwesenden Mitglieder, den behandelten Gegenstand und die dazu gestellten Anträge sowie die gefassten Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten. Bis zur Genehmigung des Protokolls kann das Gremium Änderungen und Ergänzungen beschließen, die in das genehmigte Protokoll aufgenommen werden müssen. Die gewünschten Änderungen sind schriftlich an **den Protokollanten die/den Vorsitzenden** zu richten.
3. Mitglieder und Stellvertreter des Landeselternausschusses erhalten Abschriften des Protokolls. **Die Protokolle sollen in der Geschäftsstelle einsehbar sein und archiviert werden. Die Protokolle werden ohne Teilnehmerliste und ggf. um Inhalte gemäß Absatz 4**

geschwärzt nach Beschlussfassung über die Feststellung auf der Homepage veröffentlicht und ansonsten in der Geschäftsstelle archiviert und für Befugte zugänglich gemacht.

5. Namen der LEA-Mitglieder werden in Protokollen geschwärzt. Nur Namen des LEA-Vorstandes werden nicht geschwärzt.
6. Namen und Präsentationen von Referent*innen werden nur mit deren Zustimmung veröffentlicht.



Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie • Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

An die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie

nachrichtlich an die
bildungspolitischen Sprecher*innen im
Abgeordnetenhaus

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.lea.berlin.de

Datum 27.08.2022

Beschluss vom 26. August 2022

Der Landeselternausschuss hat auf seiner Sitzung am 26. August 2022 folgenden Beschluss gefasst:

Fortschreibung der Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie („Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“)

Der LEA fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, sich auf Bundesebene für eine Fortschreibung der Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie („Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“) einzusetzen.

Begründung

Die Mittel aus „Stark trotz Corona“ sind noch längst nicht erschöpfend abgerufen. Teilweise stockt die Durchführung von Maßnahmen. Die Gründe hierfür sind komplex. Zum einen brauchten die Verantwortlichen vor Ort Zeit, um Art und Umfang des Bedarfs zu erheben, zum anderen war und ist es schwer, Anbieter zu finden, die eine entsprechende Qualifikation haben, Kapazitäten einräumen können und sich im Rahmen des aufwendigen Beantragungsprozesse als Anbieter registrieren.

Insgesamt benötigt das Einleiten der notwendigen Maßnahmen, die aus dem Programm unterstützt werden können, noch Zeit, um wirklich „rund“ zu laufen.

Unabhängig vom Mittelabfluss sind die Bedarfe weiterhin sehr groß und werden es auch in den kommenden Jahren sein. Selbst wenn morgen die Pandemie vorbei wäre: Das Thema und die psychischen Folgen werden uns noch über Jahre hinweg begleiten. Eine Fortschreibung des Programms ist daher dringend notwendig.



Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie • Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

An die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie, Senatsverwaltung für Finanzen und Berliner
Bezirke

nachrichtlich an die
Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen
Sprecher*innen im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.lea.berlin.de

Datum 27.08.2022

Beschluss vom 26. August 2022

Der Landeselternausschuss hat auf seiner Sitzung am 26. August 2022 folgenden Beschluss gefasst:

Sicherstellung einer bedarfsgerechten Investitionsplanung für Schulsanierungen

Der LEA fordert die Senatsverwaltung für Finanzen, die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die Berliner Bezirksämter nachdrücklich auf, sich auf eine Investitionsplanung für Schulbauvorhaben (Sanierungen, Erweiterungen, Neubauten) zu einigen, die dem tatsächlichen, sehr großen Bedarf gerecht wird. Soweit dabei Maßnahmen begrenzt werden müssen, um eine realistische Umsetzbarkeit der Planungen zu gewährleisten, muss diesen Begrenzungen eine nachvollziehbare, vernünftig abgestimmte und transparente Prioritätensetzung zugrunde liegen.

Begründung

Mit Schrecken, großer Sorge und erheblicher Verärgerung haben wir die Vorgänge um die Investitionsplanung für Schulsanierung zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis sind in nahezu allen Berliner Bezirken dringend notwendige und bereits angekündigte Sanierungsvorhaben nicht nur verschoben worden. Sondern zahlreiche Verschiebungen über das Jahr 2026 hinaus bedeuten aus heutiger Perspektive bis auf Weiteres eine faktische Streichung, da für diese Maßnahmen keinerlei Planungsaufgaben durchgeführt werden dürfen.

Besonders dramatisch und daher vollkommen unverständlich sind die faktischen Streichungen der sogenannten Drehscheibenstandorte, die als Ausweichstandorte während Sanierungsarbeiten zwingend benötigt werden. Auch zahlreiche Erweiterungen sind gestrichen. Es soll also bewusst auf die Schaffung von Schulplätzen verzichtet werden.

Diese Streichungen geschehen in der Situation, in der es mit den üblichen Verfahren erstmals nicht gelungen ist, alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen unterzubringen; nur mit Notmaßnahmen konnte dies vor den Ferien überhaupt noch sichergestellt werden. Der Schulplatzmangel ist eklatant

da. Das Beispiel der Anna-Lindh-Schule, die kurzfristig komplett geschlossen werden muss, zeigt überdeutlich, wohin es führt, wenn nötige Sanierungs- und Baumaßnahmen über längere Zeiträume nicht durchgeführt werden. Die Folgen und extremen Belastungen für viele Hundert Schüler*innen, für die Familien, aber auch für das gesamte Personal und die beteiligten Verwaltungen spotten jedem Bild von guter Schule in der Hauptstadt. Viele Schulen sind jedoch in ähnlichen Ausgangssituationen, der Verlust weiterer Schulplätze ist realistisch zu erwarten.

Fast taggleich erfahren wir von einem guten Haushaltsüberschuss im ersten Halbjahr.

Parallel müssen wir feststellen, dass nicht einmal die gegenseitige Information der Verwaltungen über die Prioritätensetzung im Schulbau funktioniert - denn die laut Aufstellungsgrundschriften für das Investitionsprogramm 2022 bis 2026 (vom 25.03.22, hier Seite 4) vorgesehene Information der Bezirksverwaltungen über die überbezirkliche Dringlichkeitsliste durch die zuständige Senatsverwaltung - hier die SenBJF - hat für den Bereich Schulbau nicht stattgefunden. Wir erwarten eine umgehende Veröffentlichung dieser überbezirklichen Dringlichkeitsliste.

Daher rufen wir alle Beteiligten mit höchster Dringlichkeit auf, in einer konzertierten Aktion die Investitionsplanung Schulbau so zu gestalten, dass sie sich auch weiterhin Schulbauoffensive nennen kann.

Richtig ist, dass Bezirke nur Anmeldungen vornehmen sollten, für die eine realistische Chance auf Umsetzung besteht. Was „realistisch“ ist, ist jedoch eine dynamische Annahme, die von zahlreichen Faktoren abhängt. Um so bedeutsamer ist es, in der Investitionsplanung Entwicklungsoptionen zu erhalten - zum Beispiel, indem Maßnahmen mit einem Beginn 2026 in die Planung aufgenommen werden. Damit wird zumindest die Chance auf vorbereitende Planungen in den Bezirken erhalten.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat über die Haushaltsaufstellung mindestens 200 Millionen Euro für die Schulbauoffensive erhalten. Daher ist es umso unverständlicher, warum im Entwurf für die Investitionsplanung Tabula rasa gemacht wurde.